

Volke-Zeitung

Funf und Unfingstet Jahrgang.

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Lieferung 7.50 M., vierteljährlich 22.50 M., sechs Monate 42.00 M., einjährig 78.00 M., einschließlich Zustellungsgeld. Die Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich, Postzustellungsbüro unter 600-Zählung eingetragen. Die unterrichtig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Redaktionsbüro: Dr. Ellenbogen, Halle, Zeitungsgasse 11. Fernr. der Schloßstraße 11, 1140. Der Postbezugspreis Nr. 1133 u. 1133. Der bezugsfähige Nr. 1133.

Anzeigenpreise:

Die 9 gefalteten 34 mm breite Millimeterzeile der ersten Spalte 60 Pf., zwei Spalten 40 Pf., Restspalte die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 M. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenbüros. Anzeigenpreise: 1. Tages-Anzeige 1 mal, 2 mal, 3 mal, 4 mal, 5 mal, 6 mal, 7 mal, 8 mal, 9 mal, 10 mal, 11 mal, 12 mal, 13 mal, 14 mal, 15 mal, 16 mal, 17 mal, 18 mal, 19 mal, 20 mal, 21 mal, 22 mal, 23 mal, 24 mal, 25 mal, 26 mal, 27 mal, 28 mal, 29 mal, 30 mal, 31 mal, 32 mal, 33 mal, 34 mal, 35 mal, 36 mal, 37 mal, 38 mal, 39 mal, 40 mal, 41 mal, 42 mal, 43 mal, 44 mal, 45 mal, 46 mal, 47 mal, 48 mal, 49 mal, 50 mal, 51 mal, 52 mal, 53 mal, 54 mal, 55 mal, 56 mal, 57 mal, 58 mal, 59 mal, 60 mal, 61 mal, 62 mal, 63 mal, 64 mal, 65 mal, 66 mal, 67 mal, 68 mal, 69 mal, 70 mal, 71 mal, 72 mal, 73 mal, 74 mal, 75 mal, 76 mal, 77 mal, 78 mal, 79 mal, 80 mal, 81 mal, 82 mal, 83 mal, 84 mal, 85 mal, 86 mal, 87 mal, 88 mal, 89 mal, 90 mal, 91 mal, 92 mal, 93 mal, 94 mal, 95 mal, 96 mal, 97 mal, 98 mal, 99 mal, 100 mal. Die Halle, Halle, Neue Dromedarden 14, Halle, Dromedarden 17, Halle, Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Nr. 42.

Halle, Mittwoch, den 26. Januar 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Die Reichszentrale für Heimatdienst.

Bon

Dr. Fackelde, M. d. R.

Der Hauptausfluß des Reichstages hatte vor einiger Zeit auf deutsche Initiative einen Antrag angenommen, der darauf hinausging, einen Unterausschuß einzusetzen zur Nachprüfung der Tätigkeit der Reichszentrale für Heimatdienst und ihrer seit November 1918 wirkenden Vorläufer. Dieser Unterausschuß hat getagt und in mehreren Sitzungen über das einschlägige Material verhandelt. Zwei Berichtserläuterer, die Herren Sellmann (Soz.) und Mumm (Deutschnat.), haben die Akten ein und erstatteten in Anwesenheit beteiligter Regierungsvertreter eingehenden Bericht. Rühnend geht die Angelegenheit an den Hauptausfluß zurück, der daraufhin den Beschluß zu fassen hat, daß und in welcher Form die Reichszentrale fortzubehalten soll.

Korruptionserhebungen sind bei der Prüfung nicht hervorgetreten. Auch der Rechnungshof des deutschen Reiches mußte in einer Darlegung am 12. Januar 1921 feststellen, daß er in Bezug auf das bis jetzt vorgelegte Material zu erheblichen Beanstandungen keinen Anlaß gefunden hat. Dem Rechnungshof erscheinen die von der Reichszentrale getroffenen Anordnungen durchaus zweckmäßig und zunächst ausreichend, wenn er auch hinzusetzt, daß volle Gewissheit über die richtige Verwendung der Mittel erst nach Eingang der belegten Rechnungen der Hauptorganisationen, an welche Gelder überwiesen wurden, zu erhalten sein wird. Im Nebenabrede mit diesem amtlichen Ratum müßten auch die beiden Berichtserläuterer erklären, daß die Bücher und sonstigen Büroeinrichtungen den Eindruck der Korrektheit machen, oder, wie der deutsch-nationale Berichtserläuterer ausdrückte, das ganze einem gut geleiteten Paritätbüro weiche, wobei mittelbar noch unmittelfahr. Draufereien wurden nachfolgenden Richtlinien mit Aufträgen bedacht.

Streitig bleibt also nur die grundsätzliche Frage, ob eine Regierung oder eine Regierungsmehrheit das Recht, vollständig über die Pflicht hat, über die von ihr befolgte vollstetige Ausführung im Lande zu verbreiten. Frankreich hat eine solche Einwirkung und zwar innerhalb wie außerhalb seiner Grenzen. Einige andere Länder haben sie auch. In Bayern besteht eine ähnliche, aus Landesmitteln unterhaltene Stelle, die später mit dem Reiche in Verbindung trat. Im Reiche war es seit der Revolution der „Verbreitung der deutschen Republik“, der für die Tendenzen der damaligen Regierung eintrat und circa acht Millionen Mark verbrauchte. Außerdem arbeitete die „Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung“, die sogenannte A. B. G. Die Reichszentrale für Heimatdienst betrachtete sich als die Aufklärungsinstitution für die jeweils betriebene amtliche Politik und suchte dieser ihrer Aufgabe nach der organisatorischen wie nach der literarischen Seite gerecht zu werden. Auch im Wahlkampf wurden die Gründe für die Regierungspolitik dargelegt und Angriffe auf dieselbe abgewehrt. Man legte sich dabei sozial Juridikation auf, als irgend möglich war und suchte den Wahlkampf zu verfrachten. Daß dabei gleichwohl Ausführungen mit unterließen, das den Gegnern der Regierungspolitik anhängen, darf nicht wunder nehmen. Eine Klärung solcher Angelegenheiten enthält der Bericht desjenigen der beiden Referenten, welcher die Gehörberechtigung der Reichszentrale nicht anerkennt. Im großen und ganzen kann man indes den Verfassern der Flugblätter und Druckschriften das Zeugnis verfahren, daß sie bestrebt waren, sich in den Grenzen des publizistischen Anstandes zu halten.

Das Prüfungsergebnis kann hiernach als ein ungünstiges nicht bezeichnet werden. Man darf deshalb den im vorigen Jahre vom Plenum gefassten Beschluß, entgegen einem ursprünglich vorgelegten Antrag die Einsetzung über den Fortbestand dieser Presseeinrichtung hinauszuverschieben, nur begründen. Damit wurde eine Überlegungseröffnung gewonnen, die denn auch in langwierigen Verhandlungen ausgenutzt worden ist. Es setzte sich die Überzeugung durch, daß über die einzigen Fragen des öffentlichen Lebens, die nicht parteipolitisch, sondern nationale Interessen berühren, eine planmäßige Aufklärung nicht zu unterlassen ist. Wir rechnen dahin den Schutz des Deutschtums, die Aufklärung über den Fiktionvertrag, die Bekämpfung des Streifens, die Interessenlosigkeit vor Siecht und Rand, die Befähigung der Bundesbürger zur Ablieferung ihrer Ergebnisse, die Notwendigkeit der Steuerleistung und manches andere, das nicht besonders hervorgehoben zu werden braucht. Allerdings wird es Sache einer gut geleiteten Presse sein, sich über dieser Fragen anzunehmen. Das aber außerdem eine Stelle notwendig ist, an der diese Arbeit sich konzentriert, und die sich ihr ausschließlich widmet, erscheint nicht überflüssig. Welche Form man einer solchen Zentrale gibt, ob man sie als Privatorganisation aufstellt, oder als eine Abteilung des auswärtigen Amtes bestehen läßt, oder dem Reichsministerium des Innern angegliedert, ist lediglich eine Zweckmäßigkeitsfrage.

Die Entscheidung hierüber trifft der Hauptausfluß bei dem Etat des auswärtigen Amtes, dem die Reichszentrale für Heimatdienst bisher unterstellt war, und später das Plenum. Vorher will der „Zentraldirektor“ Carl dem Hauptausfluß seine Auffassung zu veröffentlichen unterbreiten.

Die Pariser Konferenz.

Die eifrigste und ängstliche Betonung voller Einigkeit durch das offizielle französische Finanzbureau mußte vornehmlich in verächtlich werden. Der erste Verhandlungstag der Pariser Konferenz hat gezeigt, daß Lloyd George doch zuvor zurücksteht, sich nun einfach dem Diktat des Herrn Foch zu beugen. Es hat gewiß wenig Zweck, auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Entente zu insistieren, aber man wird es im deutschen Interesse doch nicht mit Benutzung bedürfen müssen, wenn Lloyd George entgegen dem Satz gestritten Äußerungen der Gefahr für den deutschen Frieden ist. Besonders fällt er nicht wieder in letzter Stunde ein, lediglich um die herkömmliche Einigkeit herzustellen. Diese kann wohlhabig doch auch einmal dadurch in die Erscheinung treten, daß die französische Regierung Barmut annimmt. Jedenfalls hat man die Entwaffnungsfrage nicht, wie die französischen Offiziere auf Vorschlag veränderten, an einem Tage erledigt. Und wenn man da deutsche militärische Sachverständige hören will, dürfte die Entscheidung über die Entwaffnungsfrage sich noch geraume Zeit hinziehen.

Nach dem „Journal des Debats“ hat Lloyd George und Foch vor Beginn der Dienstagvormittags-Sitzung eine private Unterredung. Nach dem „Anfangspunkt“ hat Lloyd George vormittags auch den belgischen Finanzminister Thunis empfangen und im Verlauf des Vormittags sollen die Minister Loucheur und Doumer mit Lord d'Abernon und einigen Sachverständigen verhandelt haben. Alle diese Verhandlungen hatten sich um die Reparationsfrage gedreht. Nach dem gleichen Blatt spricht man wieder von Fortais. Man spricht jetzt von einer Gesamtsumme von 85 Milliarden Goldmark.

Nach einem Sonderbericht der Finanzagentur wurde in der Konferenz hinsichtlich der Aufstellung des Diktats der Standpunkt vertreten, daß, um die Lage normal zu gestalten, es notwendig sei, ein vollständiges Hilfsprogramm aufzustellen. Die Wiener Abteilung der Reparationskommission hat einen allgemeinen Plan ausgearbeitet, aber auch die französische Regierung hat ihrerseits durch Sachverständige die Lage prüfen lassen. Die Frage ist so gestellt, daß man Deckerreise einerlei langfristige Kredite bewilligen müsse, daß aber auch andererseits Deckerreise-Garantien liefern würde hinsichtlich der Verarmung ferner Finanzen und der Verarmung der öffentlichen Dienstleistungen des Verkehrs. Nach dem „Times“ muß man Deckerreise für das laufende Jahr einen Kredit von 80 Millionen Dollar gewähren, wovon 60 Millionen aus Lebensmitteln und 20 Millionen aus Rohmaterialien bestehen. Im ganzen handelt es sich für fünf Jahre um einen Kredit von 250 Millionen Dollar.

Paris, 25. Januar. Ueber die heute vormittag gehabte dritte Sitzung der Konferenz ist ein offizielles Communiqué ausgegeben worden, das besagt, man habe sich mit den Maßnahmen beschäftigt, die ergriffen werden sollen, um in kürzester Frist der ersten Lage, in der Deckerreise sich befindet, entgegen zu können und um seine Wiederherstellung zu fördern. Die von den englischen, italienischen und französischen Finanzsachverständigen vorbereiteten Pläne sind geprüft worden, und es wurde schließlich beschlossen, eine kleine Kommission einzulegen, der angehöre für Frankreich Minister Loucheur, für England Sir Robert Horne, für Italien Giannini. Ihre Aufgabe besteht darin, die sofort zu ergreifenden Maßnahmen der Mächte zu prüfen. Der Ausschuss hat bereits heute nachmittags seine erste Sitzung abgehalten und wird seine Arbeiten beschließen, so daß noch Entscheidungen vor Beendigung der Konferenz getroffen werden können.

Paris, 25. Jan. Der belgische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Jaspar, läßt durch die Radio-Agentur bemerken, daß er in der Entwaffnungsfrage sich nicht dem englischen, sondern dem französischen Standpunkt anschließen habe. Die Belgier könnten in der Entwaffnungsfrage keine andere Ansicht vertreten als die französische, da sie unter derselben Drohung leben und den gleichen Gefahren ausgesetzt sind.

Sicherung der Brotversorgung.

Wie das „B. T.“ von unterrichteter Stelle hört, haben sich die Behörden bis Anfang Mai mit Getreide für die Brotversorgung genügend eingebracht. Das Sindes des Dollartarzes habe den Bezug amerikanisch-n Getreides zu günstigen Preisen ermöglicht. Eine Krisis in der Brotversorgung sei in diesem Jahr nicht zu befürchten.

Die Wahlen in Lippe.

Detmold, 25. Januar. Das noch ausstehende Mandat zum lipplischen Landtag haben die Wehrheitssozialisten bekommen, so daß diese Partei acht Mandate gegen elf im alten lipplischen Landtag besitzt.

Dr. Simons über die ober-schlesische Abstimmung.

Reichsminister Dr. Simons empfing gestern einen Vertreter des Westfälischen Telegraphenbureaus zu einer Aussprache über die Abstimmung in Oberschlesien. Der Minister sagte u. a.:

Nach den letzten von Oberschlesien eingelaufenen Nachrichten ist die Stimmung der deutschen Bevölkerung durchaus zweifelsfrei. Überall herrscht die Überzeugung, daß bei einer dem Friedensvertrage entsprechenden, also einer freien, geheimen und uneingeschränkten Abstimmung der ge-

lunde Sinn der Bevölkerung die Entscheidung zu einem Ergebnis für Deutschland machen wird.

Am eindringlichen Vorstellungen der Bevölkerung Oberschlesiens über die Unfähigkeit in den Grenzgebieten, über den mit den brutalsten Mitteln arbeitenden Terror und über die geheimen Maßnahmen gewisser polnischer Kreise hat es nicht gefehlt. Auch die deutsche Regierung hat hierüber ausführlich, mit übergehendem Material verbriefte Darlegungen gegeben. Deshalb erwartet man überall mit Bestimmtheit, daß die Abstimmungskommission der Entente sofort alle ihre Maßnahmen anwenden wird, um geordnete Zustände herzustellen. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß sie mit schärferen Maßnahmen vorgehen wird, deren Erfolg nicht ausbleiben kann.

Die Reichsregierung wird es ebenfalls auch ihrerseits an nichts fehlen lassen, um auf die Herbeiführung geordneter Verhältnisse in Oberschlesien hinzuwirken und eine ruhige Abstimmung zu sichern.

Die Pflicht der abstimmungsberechtigten deutschen Bevölkerung ist es aber, auch ihrerseits die Abstimmung zu einem guten Ende zu führen. Die große Zahl der Abstimmenden in den Grenzgebieten ist ein wichtiger Faktor. Die Abstimmung zeigt sich, in welcher hohen Maße die heimtreuen Oberschlesier sich bemühen, daß sie auf keine Weise bei der Abstimmung fehlen darf, und daß es auf jede Stimme ankommt, um einen Sieg zu erringen, der seine endgültige Entscheidung als das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland zuläßt. Die Termine für die Eintragung in die Listen sind sehr knapp bemessen. Die Frist für die Eintragung läuft am 3. Februar ab. Es darf keine Stunde für die Anmeldung verloren gehen. Sollte durch die Nachrichten über schwebende Verhandlungen betreffend die Abstimmungsfrage und über die augenblicklichen Zustände in Oberschlesien da und dort eine Ungewissheit entstehen sein, so darf diese doch niemanden an sofortiger Anmeldung abhalten: denn nur dadurch kann sich jeder Oberschlesier das Abstimmungsrecht wirklich sichern. Wer die rechtzeitigere Anmeldung unterläßt, verliert damit unwiederbringlich die Möglichkeit später an der Abstimmung teilzunehmen, und es wird ihn der schwere Vorwurf treffen, seine Heimat in ihrer Schicksalsstunde im Stich gelassen zu haben.

Die Belagungsstellen.

Graf Montglas gibt im „B. T.“ auf Grund von Untersuchungen an unterrichteter deutscher Stelle eine eingehende Zusammenfassung. Danach beträgt die Gesamtsumme monatlich über zwei Milliarden oder jährlich 24 Milliarden Papiermark Belagungsstellen. Als Ursache dieser phantastischen Summe bezeichnet Montglas die übermäßige Stärke der Belagungstruppen und deren übermäßig hohe Gehälter. Einjährlicher der französischen Truppen in Elbfeld-Lobringen bewachen 200 000 Mann eine 470 Kilometer lange Grenze gegen die deutsche Reichswehr, die nur 60 000 Mann stark ist, und die im Osten eine 2000 Kilometer lange Grenze gegen Polen und Bolschewisten zu sichern hat.

Das Auswärtige Amt im Hauptausfluß.

Der Haushaltungsausfluß des Reichstages letzte gestern die Besprechungen über das Auswärtige Amt fort. Der frühere Reichsminister, der Sozialdemokrat Müller, wies darauf hin, daß die Verwendung aller Schichten im auswärtigen Dienst bei der schlechten Bezahlung unattraktiv sei. Er verteidigte das Regionalistensystem des Geheimrat Schäfers und hoffte, daß dessen wertvolle Kraft dem Auswärtigen Amt nicht verloren gehen würde. Je mehr die Republik von uns gefestigt wird, um so größerer Vertrauen würden wir im Ausland, namentlich in Amerika genießen. Der demokratische Abgeordnete B. A. H. A. beklagte die schlechten Verhandlungen mit der Entente laßte den Belagungsstellen bezahlte, die dann herabgesetzt werden müßten. Der durch würde der moralische Kredit nicht erhöht. Dies wurde vermieden worden, wenn dem Wunsch des Ausflusses nach Verlegung von monatlichen Nachweisen über den Außenstand früher entsprochen worden wäre. Der deutsch-nationale Abgeordnete Lehmann dagegen ein, daß die Regierung das Recht auf Festsetzung der Schuldsomme am 1. Mai 1921 preisgegeben habe, ohne den Reichstag gehört zu haben. Auf verschiedene Anregungen hin führte der Minister aus, daß die Regelung der Außenhandelsinteressen seine endgültige ist. Die Kompetenzen zwischen Reichsminister und Auswärtigen Amt müßten jedoch abgegrenzt werden. Auf Kommissionsberichte mit dem Inhalt müßte im Auswärtigen Amt überlegt werden. Die Besprechungen auf Veränderung der Militärkommission an Ausdehnung aber im Ausland bestände aus gegenüber noch ein großer. Das Jahr 1921 werde eine bedeutende Rolle in der Annäherung der Völker spielen. Die Tagung der Vereine vom Roten Kreuz, die Tagung des Völkerverbands, wo die Aufnahme Deutschlands erörtert werden würde und der Abbruch des Friedens mit Amerika würden dazu dienen. Sodann sprach der Minister der holländischen Regierung den Dank aus für das Entgegenkommen beim Kreditabkommen. Der Demokrat S. A. u. a. verlangte eine Vereinfachung des Pressewesens. Der Minister stimmte dem zu; die innere und äußere Presse müsse in einer Hand liegen. Neue Presseetagen, wie sie gefordert würden, könne man jetzt nicht einrichten. Die Angelegenheit Wolff-Birnbaum wurde als vertraulich behandelt, nachdem ein Antrag je nicht im Hauptausfluß, sondern im interfraktionellen Ausschuss zu behandeln, auf Antrag der Demokraten abgelehnt war.

Der Staatsgerichtshof.

Der nach der Verfassung einzurichtende Staatsgerichtshof hat zwei Aufgaben: 1. Verfassungsrechtliche und verwaltungsgesetzliche Streitigkeiten zu entscheiden.

